

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Bezugsband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Bezugsband für Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Japan, Norwegen, Schweden, Schweiz, Dänemark, Griechenland, Serbien, Rumänien, Bulgarien, Türkei, Jugoslawien, Portugal, Spanien, Portugal, Brasilien, Argentinien und Uruguay 25,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4510 4603, 4635, 4649, 4821.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die internationale Abwehrfront

Die Aktion der englischen Arbeiter

Amsterdam, 16. August.

Der Vorsitzende der englischen Arbeiterpartei Ad. A. M. Johnson hat an den Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes und des Internationalen Transportarbeiterbundes ein Telegramm geschickt, worin es u. a. heißt: Die größte und einzige Versammlung der englischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung hat mit Genugtuung die Erklärung der russischen Regierung bezüglich der Unabhängigkeit Polens begrüßt. Der Aktionsausschuss hat den Auftrag erhalten, solange in Tätigkeit zu bleiben, bis folgendes gesichert ist: 1. Vollständige Garantie, daß England keine Truppen verwenden wird, um militärische Unternehmungen Polens, Litauens oder irgend welcher anderen militärischen Unternehmungen gegen die Sowjetregierung zu unterstützen; 2. die Zurückziehung aller englischen Seestreitkräfte, die tätig sind, um direkt oder indirekt eine Blockade gegen Rußland durchzuführen; 3. Anerkennung der Sowjetregierung und Wiederherstellung uneingeschränkter Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und Rußland. Die Versammlung hat jede Verbindung und jede Bundesgenossenschaft zwischen Großbritannien und Frankreich oder einem anderen Lande abgelehnt, die England verpflichten würde, Brangel oder Polen zu unterstützen oder Munition und Kriegsmaterial für Angriffe gegen Rußland zu liefern. Die Versammlung hat den Aktionsausschuss ermächtigt, erforderlichenfalls die allgemeine Arbeitseinstellung zu erklären und einen Aufruf an alle organisierten Arbeiter zu richten, schnell, loyal und mutig zu handeln, alle Geheimdiplomatie aus dem Wege zu räumen und dafür zu sorgen, daß die auswärtige Politik Großbritanniens in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Volkes gebracht wird, damit der Krieg und der ewigen Kriegesgefahr ein Ende gemacht wird.

Das Amsterdamer Sekretariat begrüßt in seiner Antwort die Haltung der englischen Arbeiterpartei und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Arbeiter aller Länder dem Vorbild der englischen Kameraden folgen werden. Weiter heißt es: Die Leitung des Internationalen Transportarbeiterbundes hat am 16. August einen Aufruf an die Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner aller Länder erlassen, jede Beförderung von Heeresmaterial und Truppen, die für im Gange befindliche oder drohende neue Kriege bestimmt sind, zu vermeiden. Die Leitung des Internationalen Transportarbeiterbundes wird in dieser Woche zusammenkommen, um internationale Richtlinien aufzustellen. Das Telegramm schließt: Es lebe der Kampf der nationalen und internationalen Arbeiterpartei für Frieden, Recht, Freiheit und Glück!

Die Wut der Chauvinisten

II. Paris, 16. August.

Die Presse meldet, daß bei der Lösung der schwebenden Fragen Hindernisse entstanden sind infolge der Tätigkeit des Aktionsausschusses der englischen Arbeiterpartei, die nicht nur allgemein beschlossen hat, Delegierte nach Paris zu entsenden zum Zwecke von Beratungen mit den Vertretern der C. G. T., sondern den Zeitungen gegenüber sogar erklärt hat, sie wolle auf die Außenpolitik Frankreichs einen Druck ausüben. Sie verweigert sich sogar zu der Drohung, die Kohlenlieferungen einzustellen zu wollen. Die Mütter hatten es für unzulässig und Standeswidrig, daß der Aktionsausschuss in Frankreich Propaganda treibt und der französischen Regierung die Direktiven in der Außenpolitik geben will. Das „Echo de Paris“ weist darauf hin, daß sich der Pakt der extremen Revolutionäre vor allem gegen Frankreich richtet. Anlässlich solcher Absichten spricht der „Figaro“ die Hoffnung aus, daß die Delegierten des englischen Aktionsausschusses nicht weiter kommen als nach Bologna, wo sie gefangen werden, nach England zurückzuführen.

Frankreich der Hauptschuldige

Ein neuer Funkspruch Tschitscherins

II. London, 16. August.

In einem hier aufgefangenen Funkspruch erklärt Tschitscherin, nachdem er die Schuld für die Verzögerung der Waffenstillstandsverhandlungen auf die Polen geschoben hat: Hinter Polen steht Frankreich, das in unverantwortlicher Weise den Krieg verlängert hat. Es ist bekannt, daß vier Milliarden Franken, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gegenden Nordfrankreichs von Seiten der französischen Regierung bewilligt worden waren, für die Intervention in Rußland verwendet worden sind. Außerdem entwarf man kürzlich auf französischen Schiffen, welche russische Soldaten nach Odesa schafften, sechs Flugzeuge, die ohne Zweifel für die Armee Wrangels bestimmt waren. Wo die russische Militärbehörde ihr Recht ausübte und erklärte, sie würde nicht zugeben, daß diese Kriegskonterbande den Hafen verläßt, erschien ein französisches Geschwader vor Odesa, und der französische Admiral drohte mit der Beschießung der Stadt. Frankreich trachtet danach, nicht nur Rußland, sondern auch Großbritannien, das eine Veröhnung

wünscht, in eine Falle zu ziehen. Frankreich versucht, die Verantwortung für die Verzögerung des Abschlusses eines Waffenstillstandes auf Rußland zu wälzen, es ist aber ersichtlich, daß Frankreich der wahre Schuldige ist.

Moskau, 14. August.

Eine Kommission beim französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten fordert alle baltischen Staaten, ferner Polen und die Staaten des Kaukasus und der Arim auf, ihre politischen Bestrebungen darzulegen und ihre Vertreter zu einer Beratung über ein gemeinsames Bündnis nach Paris zu schicken.

Die Verhandlungen in Minsk

Moskau, 15. August. (Durch Funkspruch.)

Die polnische Delegation überschritt heute die Frontlinie und wird morgen Minsk erreichen.

Trozkij soll bereits in Minsk eingetroffen sein. Wie es heißt, soll Radek zum Präsidenten der Sowjetdelegation für Minsk ernannt worden sein.

Keine neuen Bedingungen für Polen

Paris, 16. August.

Die „Humanité“ veröffentlicht heute eine Mitteilung, die Ramenew an das Blatt richtete. Sie lautet: Die Presse der Bankiers und Kapitalisten setzt ihren Lügenfeldzug fort. In einem am 14. August im „Journal“ erschienenen Artikel wird gesagt, daß trotz der Veröffentlichung der Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen, die ich gestellt habe, die Sowjetregierung die Absicht habe, in diese Bedingungen eine Klausel zugunsten Deutschlands einzufügen, um die Westgrenze Polens zu verändern und den Danziger Korridor zu berühren. Ich erkläre:

1. Die Sowjetregierung hat weder mit Deutschland noch mit anderen Ländern ein Abkommen geschlossen, sei es direkt, sei es indirekt gegen Polen gerichtet.
2. Die Bedingungen für den Waffenstillstand und für die Friedensverhandlungen enthalten nichts, was die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland oder deren Grenzen betrifft.
3. Die Sowjetregierung verwirft als unwürdig jeden Gedanken daran, daß ihr Sieg über die polnischen Imperialisten dazu benutzt werden könnte, den Militarismus in Deutschland oder in irgendeinem anderen Staate zu stärken. Die Sowjetregierung weist die Absichten deutscher Militaristen ebenso heftig zurück wie die der französischen.

Erklärungen Ramenews

II. London, 16. August.

Ramenew richtete einen neuen Brief an Lord George, in dem er versichert, daß die russischen Waffenstillstandsbedingungen für Polen die gleichen geblieben seien. Es heißt in dem Brief: „Trotz der Haltung der französischen Regierung, die mit der polnischen verbündet ist — was die Lage für die Sowjetregierung besonders schwierig macht — hält die Sowjetregierung es nicht für notwendig, die Waffenstillstandsbedingungen, die der britischen Regierung gemeldet wurden, zu ändern.“

Der finnisch-russische Waffenstillstand

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Kopenhagen, 26. August.

Aus Helsingfors wird gemeldet, daß zwischen Rußland und Finnland ein Waffenstillstandsvertrag abgeschlossen worden ist, und zwar auf die Dauer von 31 Tagen. Der Abschluß dieses Waffenstillstandes wird in Rußland für um so bedeutsamer erachtet, als man noch vor einigen Tagen von dem Aufmarsch der englischen Flotte in den baltischen Meeren einen Druck auf Finnland zum Zwecke einer neuen Kriegsführung gegen Sowjetrußland befürchtete. Die russische Regierung beklagt sich auch jetzt wieder in einem Funkspruch darüber, daß die Entente demüht sei, neue Staaten in den Krieg gegen Rußland zu ziehen. Vor allem läge man einen Druck auf die baltischen Staaten aus. Von französischer Seite sei zu diesem Zwecke vorgeschlagen, eine Konferenz der baltischen Staaten in Paris abzuhalten, an der auch die Polen und die Ukrainer, die Weißruthenen, die Kaukasus- und Krimvölker teilnehmen sollten. Es gelte eine neue Organisation zu einem gemeinsamen Angriff auf Rußland zu schaffen. Auch in der Tschechoslowakei und Ungarn, sowie in Jugoslawien und auf dem Balkan hege man gegen Sowjetrußland. Die Entente wolle um jeden Preis neuen Krieg, deshalb versuche sie auch Deutschland hineinzuziehen.

Verbot einer polnischen Feier in Oberschlesien. Von polnischer Seite war geplant worden, den Jahrestag des polnischen Augustausstandes in Oberschlesien festlich zu begehen. Die Interalliierte Kommission hat jedoch sämtliche von den Polen in Aussicht genommenen Veranstaltungen verboten.

Deutsche Heimkehrer aus Australien. Der Dampfer „Dain“ traf Sonntag abend aus Sidney in Rotterdam ein. An Bord befanden sich 282 deutsche Männer, Frauen und Kinder, die aus Australien ausgewiesen worden sind. Sie reisen heute nach Deutschland weiter.

Der russische Sieg

Wenn der Pariser „Temps“ neuerdings behauptet, die französische Regierung habe nicht geplant, Truppen gegen die Rote Armee zu senden, so wird man berechtigt sein, das Dementi, was die Vergangenheit angeht, mit sehr starken Zweifeln aufzunehmen. Aber es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese Absichten in der Tat inzwischen aufgegeben worden sind. Frankreich wird ein Haar in dem Experiment gefunden haben, da seiner Durchführung doch eine große Reihe von Schwierigkeiten entgegenstehen: die Haltung des amtlichen England, der nachdrückliche Protest der englischen und französischen Arbeiter, die Neutralitätserklärung der deutschen Regierung und der durch Latein bekräftigte entschlossene Wille des deutschen Proletariats. Damit ist nicht gesagt, daß die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Wachsamkeit erlahmen darf, denn die Franzosen könnten den Gedanken des Durchmarsches wieder aufnehmen, sobald ihre Ueberzeugung von der Solidarität des internationalen Proletariats eine Erschütterung erfahren würde.

Freilich wird man unseren Genossen im Lager der Eisenbahner und der Transportarbeiter den Rat geben dürfen, sich nun auch nicht zur Nervosität verleiten zu lassen. Sie sollen alle, auch die harmlos ausschauenden Transporte prüfen, aber sie müssen unterscheiden zwischen Durchgängen, die als eine Unterstützung der Polen angesprochen werden können und solchen, zu deren Duldung wir auf Grund des Friedensvertrages verpflichtet sind. Es bedarf nicht der Versicherung, daß diese Mahnung nicht den Gefühlen irgend welcher Sympathie für das militaristische Frankreich entspricht, es handelt sich vielmehr nur darum, alles zu verhindern, was in Paris als eine Herausforderung ausgelegt werden oder als Vorwand für irgend welche feindselige Maßnahmen gegen Deutschland dienen könnte.

Der Verzicht auf die Bezeichnung der Neutralität durch Truppen- und Munitionsbefugnisse bedeutet nämlich keineswegs das Aufgeben aller gegen Deutschland gerichteten Pläne. In demselben Zusammenhang, in dem der „Temps“ die Absicht der militärischen Unterstützung Polens bestrittet, betont er die Notwendigkeit, am Rhein die Wache zu halten, und die Truppenverstärkungen im besetzten Gebiete beizubehalten, das er hier nicht leere Redensarten macht. Die Truppen mögen nicht für die Weichsel bestimmt sein, sie können nähere Ziele haben: den Main und das Ruhrgebiet. Wer die französische Presse in der letzten Zeit aufmerksam verfolgt hat, weiß, welche Rolle in ihr wieder die Frage der Bezeichnung des Ruhrgebietes spielt. Immer aufs neue ist von den Garantien die Rede, die man sich im deutschen Westen schaffen müsse, wenn die Dinge im Osten einen den Wünschen Frankreichs widersprechenden Verlauf nehmen. Die französische Politik geht nicht nur darauf hinaus, den Bolschewismus zu schwächen und ein gegenrevolutionäres Rußland zu schaffen, sondern es liegt ihr auch an einem starken Polen, das Deutschland im Osten im Zaume halten soll. Bricht Polen zusammen oder wird es auch nur in beträchtlichem Maße geschwächt, so behauptet sie, den Schutz im Westen zu verstärken und sich Bürgschaften für die Erfüllung des Friedensvertrages verschaffen zu müssen, und diesem Zwecke soll dann eben die Okkupation des Ruhrkohlengebietes und unter Umständen die Abschnürung Bayerns von Norddeutschland dienen.

Nun bestehen schon mit Rücksicht auf den englischen Verbündeten gewisse Bedenken gegen ein allzu brüskes Vorgehen in dieser Richtung, deshalb sucht man nach Beweisen für die angeblich feindselige oder gar völlerrechtswidrige Haltung Deutschlands. Sicher würde der Versuch, die Befehlspläne zu verwicklichen, den Franzosen eine harte Nuß zu knacken geben. Aber diese Gewißheit darf uns nicht hindern, alles zu vermeiden, was geeignet wäre, ihre Pläne zu erleichtern und damit auch — das darf nicht außer acht gelassen werden — den deutschen Nationalismus zu fördern.

Wir dürfen den Eindruck nicht erwecken, als ob der an sich so erstrebliche Sieg der russischen Roten Armee bei uns den Willen zu einem Bruch des Versailler Vertrages belebe. Aus diesem Grunde haben wir auch keine reine Freude an den Demonstrationen, die aus den von Russen eroberten Teilen des sogenannten polnischen Korridors gemeldet werden. Mit schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt, ziehen die Deutschen dort den holländischen Bestreibern entgegen und lassen sich von den Offizieren, die zu solchen Ausflügen ins Politische höchstens keinen Auftrag haben, gern verführen, daß Rußland den Korridor Deutschland zurückgeben wolle. Die Freude über die Niederlage der den deutschen Nationalisten verhassten Polen ist begreiflich, aber die schwarz-weiß-rote Fahne ist das Symbol des deutschen Nationalismus, der mehr und mehr von der Idee der Vernichtung des Bolschewismus zurückweicht und ihn jetzt, nachdem er sich militärisch so stark erwiesen hat, zur Unterstützung seiner Revanchegelüste gegen Frankreich verwenden möchte. Die Ausstellungen des Grafen Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“, so vorläufig und vielfach sogar zweideutig sie auch gehalten sein mögen, sind in dieser Beziehung sehr bezeichnend und bezeichnend, und sie bilden für uns die dringendste Warnung, jeden Schein zu vermeiden, als berührten sich unsere Auffassungen mit denen dieser Kreise.

Das Ringen um Warschau

Der russische Kampfbericht

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Kopenhagen, 16. August.

Der russische Generalstabsbericht vom 14. meldet: In Richtung Plozł befehlten wir am 12. August General. In Richtung Nowo-Georgiewsk haben wir die Linie Rassiczk-Seross, 15-20 Werst südlich der Stadt erreicht. In Richtung Warschau eroberten wir die Stadt Nowominsk. Im Abschnitt Lublin kämpften unsere Truppen um den Besitz von Djabadam. Im Abschnitt Wladimir Wolhynsk drangen wir bis östlich von Chelm vor.

Der russische Generalstabsbericht vom 15. meldet: Im Abschnitt Mlava haben wir nach hartnäckigen Kämpfen die Stadt Soldau besetzt und 117 Gefangene gemacht. Am Fluße Wiera sind schwere Kämpfe im Gange. Am 13. August haben unsere Truppen die Stadt Radymin besetzt. Wir hatten 300 Gefangene und erbeuteten zahlreiches Kriegsmaterial. In dem Frontabschnitt Radymin-Ofesow bei der Stadt Dembe haben sich neue Kämpfe entwickelt. Im Abschnitt Wladimir-Wolhynsk wurde im Abschnitt Grubeshow ein Angriff des Feindes abgewehrt. Im Abschnitt Brody ist unsere Kavallerie bis zur Linie Radzichow-Tasporow vorgegangen und hat östlich von Radzichow mehrere Ortschaften besetzt. Am Dniestr und an der Küste des Schwarzen Meeres ist die Lage unverändert.

Königsberg, 16. August.

Pöbau ist von den Bolschewisten besetzt worden, die aus der Linie Strasburg-Lautenburg auf Graudenz vorgehen. Gohlshausen ist von den Polen geräumt worden, die sich auf Graudenz zurückziehen. Aus dem Raume Posen-Mollin erfolgen starke polnische Gegenangriffe in nordwestlicher Richtung.

London, 16. August.

Die roten Heere, die in konzentrischer Richtung gegen Warschau vordringen, gewannen im Osten bei Wegrow und im Südosten bei Lukow beträchtliche Gefände. Nach den letzten Berichten ist die Kampffront 16 Meilen von Warschau entfernt. Wie verlautet, hoffen die Bolschewisten heute die Stadt zu nehmen.

Das Vordringen der roten Armee im Raume des polnischen Korridors hält an. Durch die Befehle von Pöbau u. sind die Russen näher an Deutsch-Eulau herangekommen; durch die Befehle dieser Stadt würden sie einen wichtigen Bahnknotenpunkt in die Hände bekommen. Der direkte Verkehr zwischen Warschau und Danzig ist bereits unterbrochen, die Festungen Graudenz und Thorn werden das nächste Ziel der im Korridor operierenden Sowjettruppen bilden. Stärkster Widerstand scheint ihnen an dieser Stelle nicht zu erwachsen, da die Polen alle verfügbaren Kräfte um Warschau konzentriert haben. Die Russen haben durch die Befehle der Stadt Plozł bereits die Weichsel erreicht. Der Ring um die Festung zieht sich langsam zusammen. Jedoch ist es gut, die übertriebenen Meldungen, die jetzt massenweise fabriziert werden, sehr vorsichtig zu verwerfen. Warschau bietet neben seinen starken Befestigungen viele natürliche Hindernisse, deren Ueberwindung harte Kämpfe erforderlich machen dürfte. Die Stärke der russischen Artillerie wird sich bei dem Kampf um Warschau erweisen müssen.

Die Russen im Korridor

W. Königsberg, 16. August.

Wie das Oberpräsidium in Königsberg mitteilt, haben die Russen in Ilawa die alte deutsche Stadterwaltung wieder eingelegt. Die Nachricht, daß dort ein Sowjet eingelegt sei, bewahrheitet sich also nicht. Auch in Soldau amtiert wieder

Die Wahrheitsfeinde

Die Aufdeckung des Magdeburger Spitzelsumpfes ist für die nationalistische Presse immer noch eine recht bittere Begebenheit. Der Abgeordnete Dr. Kulenkampff, der Deutschen Volkspartei angehörig, hat sich sogar hilflos an den Staatsminister Dr. Baumbach gewandt. Er ersucht, sich von einer einseitigen Untersuchung zu sprechen und wünscht die Einsetzung eines „parteilosen Beamten nach Magdeburg“. Parteilos — das heißt: mit der Spitzelkunst verfahren. Einwandfreie Untersuchung: Das will besagen, daß die Angelegenheit verurteilt werden soll, damit den rechtsstehenden Parteien die Spitzelquellen nicht verfallen, aus denen sie bisher ihren gesamten Agitationsstoff gegen die Linksparteien geschöpft haben.

Die Feindschaft gegen die Wahrheit macht sich auch noch anderweitig bemerkbar. Der „demokratische“ Rechtsanwalt Schaper, geistiger Leiter der Lügenfabrik in Magdeburg, versucht seine Unternehmen als private Einrichtung hinzustellen. Die Magdeburger Reichswehrbrigade behauptet, sie habe keine eigenen Agenten angestellt. Dabei einschließt ihr aber doch das Geständnis, daß sie die Phantasieprodukte des Jubalters Altmann zu einem Nachrichtenblatt für ihren eigenen Befehlsbereich zusammengestellt habe. Brühwarm natürlich und ohne jede Prüfung. Um zu sehen, die Truppen aufzuspüren, sie durch unwarmer Nachrichten in jenen Rauschzustand zu versetzen, der sich dann bei Zusammenstoßen in schrecklichen Mordtaten Luft macht.

Es hilft alles nichts. Magdeburg ist kein Einzelfall. Die Verbreiter der Lügen sind noch gefährlicher als die Urheber. Nur durch politische und militärische Auftraggeber wird der Spitzelkunst die Ausübung ihres gefährlichen Handwerks ermöglicht. Die Auftraggeber sind die wahrhaft Schuldigen. Sie wollen auf die besten Produkte aus den Lügenküchen nicht verzichten: Das zeigt ihre heftige Parteinahme für die feulen, von ihnen ausgehenden Elemente. Das zeigt ihr Kampf, den sie gegen die Wahrheit führen.

Die Provokateure der Reichswehr

Der Reichswehrminister Berger, der im Auftrage seiner Dienststelle im Boglande „kommunistische Pulver“ inszenieren wollte, die erhalb verhaftet, aber durch das eigenmächtige Vorgehen des Klingenthaler Amtsgerichts wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, soll jetzt auf Anordnung der sächsischen Regierung erneut festgesetzt werden. Die Staatskanzlei der sächsischen Regierung teilt über die Angelegenheit mit:

Die Regierung hat in einer am Donnerstag abgehaltenen Gesamtsitzung die Berichte des nach dem Boglande entsandten Kommissars entgegengenommen und es einseitig für geboten erachtet, daß das Tun und Treiben Bergers aufs strengste untersucht und restlos aufgedeckt wird. Sie hat einstimmig beschlossen, daß Berger sofort polizeilich festgenommen sei. Die Festnahme ist daraufhin erfolgt. Berger ist dem Amtsgericht Chemnitz überführt worden. Weiter hat die Regierung Auftrag gegeben, alle übrigen in die Angelegenheit verwickelten Personen, soweit sie der Regierung bis zur Stunde bekannt waren, festzunehmen. Im übrigen ist die sächsische Regierung bei der Reichsregierung um vorläufige Gewährung, sofort eine unbedingte Gewährung dafür zu schaffen, daß Nachforschungen nicht etwa zu irgend-

die alte deutsche Stadterwaltung. Der russische Divisionskommandeur in Soldau hat erklärt, daß die gleiche Maßnahme im gesamten abgetretenen Gebiet vorgenommen werden soll, daß also dort überall die ehemalige deutsche Stadterwaltung die Geschäfte wieder zu übernehmen haben wird. Der russische Divisionskommandeur hat auch dafür gesorgt, daß die in den Reidenburger Kreis geflüchtete Bevölkerung wieder zurückkehrt. Infolgedessen herrscht überall freudige Stimmung. Die Stadt Soldau ist seitlich geschmückt. Der russische Divisionskommandeur hat ferner erklärt, daß alle an Polen abgetretenen Gebiete wieder an Deutschland zurückgegeben werden sollen und daß Sowjets in diesen Teilen nirgends eingelegt werden würden.

W. Reidenburg, 15. August.

Im Laufe des heutigen Vormittages haben die russischen Truppen Soldau verlassen. Die Verwaltung wurde von einem provisorischen Komitee, an dessen Spitze der ehemalige Bürgermeister Stachel steht, übernommen. Mit der Bildung einer Einwohnerwehr wurde begonnen. Ein Aufruf der Sowjetbehörde an alle Flüchtlinge, sofort in ihre Heimatsorte zurückzukehren, hat bereits den Erfolg gehabt, daß ein großer Teil der Geflohenen zurückgekehrt ist. Uebergriffe haben sich die russischen Truppen nicht zu schaden kommen lassen. Durch Soldau zog heute eine ganze russische Division, welche ausgezeichnet ausgerüstet war. Sie führte 36 Kanonen, viel Train, hervorragendes Telephonmaterial und eine Anzahl von Autos mit sich. Lautenburg, Strasburg und Pöbau sind besetzt. Die 12. russische Division steht über Lautenburg gegen Graudenz vor und hebt dabei die letzten Polennester an der deutschen Grenze aus. Die 18. russische Division marschiert auf Thorn, wo die Polen härteren Widerstand erwarten und infolgedessen starke Artillerie aufmarschieren. Die 54. Division operiert gegen Sierny. Südlich Sierny gewannen die Russen in schweren Kämpfen weiter Raum. Weiter südlich stehen die russischen Truppen vor Nowe-Minsk und den Korridors von Radlin. Es ist anzunehmen, daß sowohl Thorn wie Graudenz einen längeren Kampf nicht werden aushalten können. Die polnischen Behörden bereiten überall ihre Flucht vor.

Ablehnung der Sowjet-Verwaltung

Wien, 16. August.

Nach einem dem „Allenstein Volksblatt“ zugegangenen Bericht haben die am 13. August nachmittags in Soldau eingerückten russischen Truppen eine örtliche Selbstverwaltung mit Ausschluß aller polnisch gesinnten Elemente eingelegt. Ein Aufruf der Soldauer Kommunisten auf Einführung der Sowjetverwaltung wurde von dem russischen Zivilkommissar abgelehnt, da sie für eine agrarische Bevölkerung nicht geeignet wäre. Ein großer Teil der im Kreise Reidenburg weilenden Flüchtlinge ist bereits heimgekehrt. Ein russischer Zivilkommissar traf am 14. August an der Grenze bei Kosau ein. Er erkundigte sich nach der Anzahl der in Allenstein befindlichen Truppen und fragte, wann die Entente-Kommission Allenstein verlassen werde. Er bat, möglichst bald den Eisenbahnverkehr mit Soldau wieder aufzunehmen und erklärte, daß die Russen den polnischen Korridor bis Danzig besetzen würden, um die Einfuhr von Waffen und Munition zu verhindern. Falls Danzig sich neutral verhalte, würde es nicht besetzt werden.

Die Flucht aus Warschau

Wien, 15. August.

Infolge der Verschlechterung der militärischen Lage vor Warschau haben auch die alliierten Militärmissionen, die Pöschke, Jaster und Vord'Alborn Warschau in der Nacht vom 13. zum 14. verlassen und sich nach Posen begeben, wo bis zum Eintreffen der polnischen Regierung der Direktor des polnischen Departements Odenok als Vertreter des Ministers des Äußeren, Fürsten Sapieha, die polnische Regierung gegenüber den diplomatischen Korps vertritt. Der päpstliche Nuntius und der dänische Gesandte bleiben in Warschau.

welchen Vorkäufen oder dazu gebraucht werden, einzelne Bevölkerungsteile zu politischen Aktionen und Verbrechen aufzuwachen.

Die Reichswehr wird sich um das Verlangen der sächsischen Regierung wenig kümmern. Sie braucht Pulver, um ihre Daseinsberechtigung nachweisen zu können. Nur der völlige Abbau des Heeres kann uns von der militärischen Spitzelkunst befreien.

Verbot der Orgele

Magdeburg, 16. August.

Dem Oberpräsidenten ist, wie die Pressestelle beim Oberpräsidium mitteilt, von dem Minister des Innern folgendes Telegramm zugegangen: Die am 14. Juli erteilte Anweisung, gegen private Selbstschutzorganisationen vorzugehen, wird nachdrücklich wiederholt. Die Bildung der Orgele ist ein Verstoß gegen die Verfügung des Staatsministeriums betreffend die Auflösung der Einwohnerwehren und daher angefochten. Gegen die Orgele und ähnliche Vereinigungen ist mit Verbot oder Auflösung vorzugehen.

Die Vorgänge in Ungarn

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Wien, 16. August.

Der Konflikt zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn muß als verschärft gelten. Die Tschechen befürchten einen Angriff Ungarns auf tschechoslowakisches Gebiet und behaupten, daß in Ungarn zu diesem Zwecke Mobilisierung und Truppenkonzentration stattfinden. Die Tschechoslowakei hat deshalb selbst Teilmobilisation angeordnet und Truppen an der Grenze konzentriert. Dies Verhalten der Tschechoslowakei hat die ungarische Regierung veranlaßt, eine amtliche Erklärung abzugeben, daß sie keinerlei Offensivabsichten gegen die Tschechoslowakei hege. Ungarn beklagt sich ferner, daß die Tschechoslowakei mehrere hunderttausend Mann an der Grenze zusammengezogen hätte und sich darin eine Bedrohung seiner Unabhängigkeit sieht.

Die Illusion

Serbische Unzufriedenheit mit dem Völkerbund

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Wien, 16. August.

In der serbischen Kammer erklärte der Berichterstatter Abgeordneter Klatschisch, daß der Völkerbund eine Illusion sei, in der, ebenso wie auf den Friedenskonferenzen die Großmächte eine einseitige Vorherrschaft zur Unzufriedenheit aller kleinen Nationen führen. Im Völkerbund sehe kein einziger slavischer Vertreter Frieden werde es in Europa erst geben, bis das Selbstbestimmungsrecht nicht bloß vorgegeben, sondern auch durchgeführt wird. Was die Kriegsentwädigung betreffe, so sollten Deutschland zweifellos Entschädigungen gewährt werden.

Durchaus in unserem Sinne hat Kamenew in einer Botschaft an die Pariser „Humanite“ erklärt, daß die Sowjetregierung jeden Gedanken daran verwerfe, ihren Sieg über die polnischen Imperialisten zu einer Stärkung des Militarismus in Deutschland zu benutzen. Sie wolle im Gegenteil die Absichten deutscher Militaristen ebenso heftig zurück wie die französischen. Das ist eine deutliche Absage an die Kamenew, die nicht nur in der „Deutschen Tageszeitung“ anzutreffen sind, sondern die in verschiedenen Spielarten auch anderswo ihr Wesen treiben, und zwischen den Zeilen entwirft sie die Lehre, daß der Friedensvertrag von Versailles nicht durch einen Krieg zu beseitigen ist, in dem die Sozialisten hinter den bürgerlichen Fahnen marschieren würden. Die Lösung kann nur erfolgen durch die Stärkung des Willens und der Macht des internationalen Proletariats. Diesem Ziel hat uns der russische Sieg auf alle Fälle näher gebracht. Würde er von Deutschland in nationalisistischem Sinne ausgenutzt werden, so wäre der Erfolg sehr stark gemindert, denn jeder Vorwand, den wir Frankreich für die Verfolgung seiner annexionsistischen Absichten bieten, würde die Stellung der französischen Bourgeoisie stärken und die Stöckkraft der Arbeiterklasse verringern.

Truppentransporte der Entente

Die Abführung der Ententetruppen in den besetzten Gebieten macht häufige Truppentransporte innerhalb des Reichsgebietes notwendig. Demnach sind wiederum derartige Verhältnisse, auf die in folgenden Meldungen des Wolffschen Bureaus aufmerksam gemacht wird:

Am 15. August werden die im ost- und westpreussischen Abklimungsgebiet befindlichen englischen Truppen in zwei Zügen mit etwa sechsstündigem Abstand von Allenstein und Dirschau über Königsberg, Schneidemühl, Hannover, Köln in die Heimat abgeführt. Die Transporte erfolgen von Zeit zu Zeit einen etwa einständigen Aufenthalt zur Ausgabe von Verpflegung, so auch in Berlin.

Der Abtransport der italienischen Besatzungstruppen aus Marlenwerder beginnt am Montag, den 16. August. Die Rückbeförderung erfolgt in drei Zügen. Der erste verläßt Marlenwerder am 16., der zweite am 17. und der dritte am 18. August.

Dazu wird ausdrücklich betont, daß es sich um keinerlei Truppentransporte nach dem Osten handelt, sondern lediglich um die Rückführung von Ententetruppen, die bisher im Abklimungsgebiet stationiert waren.

Eine ähnliche Meldung macht auf französische Truppenverchiebungen in Oberschlesien aufmerksam. Es heißt darin:

W. Weiden, 15. August.

In Oberschlesien werden die Besatzungstruppen umgruppiert. Die italienischen Truppen von Oppeln, Kosel und Ober-Slogau werden abtransportiert, angeblich weil bolschewistische Kaitairen unter ihnen wichtige Erfolge erzielt haben. Dafür kommen die französischen Infanterieregimenter 81, 216 bis 219 und das 42. französische Bergartillerieregiment aus dem Teschener Gebiet nach Oberschlesien. Die Internationalisierte Kommission beauftragt den Abtransport der freigeordneten Teschener Besatzungstruppen und erklärt, daß sie die ober-schlesische Besatzung in ihrer Macht an der Ostgrenze Oberschlesiens unterstützen werden.

Die gestern erfolgte Anhaltung verdächtigter Ententetransporte in Ratibor, Gleiwitz und Radymin hat mit dieser Truppenverchiebung im Zusammenhang. Der in Ratibor festgehaltene Zug wurde gestern mittig über Kohnitz umgeleitet.

Es ist begreiflich, daß die Beobachtung fortgesetzter Truppenverchiebungen die Arbeiterschaft auf das höchste Alarmieren und die größte Aufmerksamkeit zu empfehlen, denn Kontingenzabzüge und verzögerten den Weitertransport, indem sie z. B. in Ratibor und Gleiwitz die Züge auf totes Gleis fahren ließen. Jetzt wird gemeldet, daß die ober-schlesischen Eisenbahner die internationalisierte Kommission aufgefordert haben, die Truppentransporte sofort einzustellen, da die Arbeiterschaft sonst die Arbeit niederlegen würde.

Obwohl die Notwendigkeit der Abführungstransporte nicht bestritten werden kann, ist den Eisenbahnern nach wie vor die größte Aufmerksamkeit zu empfehlen, denn Kontingenzabzüge pflegt man nie offen als solche zu bezeichnen. Daß die Arbeiterschaft es dabei an Umlicht und Takt nicht fehlen läßt, halten wir für selbstverständlich.

In Gleiwitz ist auf dem Verschiebebahnhof eine Rangierlokomotive auf einen von den Eisenbahnern besetzte gestellten französischen Truppentransportzug gestoßen. Zwei französische Soldaten wurden tödlich verletzt. Die von der internationalisierten Kommission geführte Untersuchung hat ergeben, daß kein Sabotageakt, sondern ein Unglücksfall vorliegt.

Das deutsch-amerikanische Schifffahrtsabkommen

Hamburg, 16. August. (W. T. B.)

Wie bereits vor einigen Tagen mitgeteilt, haben sich die im Harrimankongress vereinigten Reedereien zu den United American Lines zusammengeschlossen, die damit Träger des Vertrages mit der Hamburg-Amerika-Linie geworden sind. Die frühere Kerr Navigation Company, die den Hauptanteil an den auf Routen von Hamburg ausfahrenden Schiffen gestellt hatte, gehört ebenfalls zu diesem Konzern unter dem neuen Namen American Ship and Navigation Corporation. Außerhalb des neuen Konzerns bleibt die Kerr Steamship Company, die bisher die Verwaltung der Schiffe der Kerr Navigation Company ausübte. Nach Abarbeitung der noch für Rechnung der Kerr Steamship Company angezeigten Dampfer hört demzufolge die Tätigkeit der Hamburg-Amerika-Linie als Vertreter der Kerr Steamship Company auf und beginnt alsdann der neue Dienst auf der Grundlage des Harrimanabkommens.

Steigende Wohnungsmieten in München. Nach einer Mitteilung des städtischen Wohnungsausschusses hat die Wohnungsmiete in München ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Infolge der zunehmenden Geshicklungen sei die Zahl der Wohnungsuchenden noch im ständigen Steigen begriffen. Die Städte habe künftig für Baukosten mehr als 13 Millionen aufzubringen, da das Reich es nicht fertig gebracht habe, die Mietsteuer rechtzeitig einzuführen. Im nächsten Jahre könnten höchstens 600 neue Wohnungen hergestellt werden.

Die „Humanite“ verläßt Metzler. Die Zeitung des früheren deutschen Reichslegationsattachés Metzler, der „Rhin-Francais“, hatte Anfang Mai einen Artikel mit der Überschrift „Kapital und Arbeit“ gebracht, in dem die Behauptung aufgestellt war, die „Humanite“ beziehe ihre finanziellen Gelder aus Deutschland, alle Blätter der „Humanite“ bildeten dahin den Beweis. Wegen öffentlicher Beleidigung und Verleumdung verurteilt nun die „Humanite“ Herrn Metzler als politischem Leiter des „Rhin-Francais“ auf 100 000 Franken Schadenersatz. Die Verhandlung soll Anfang November in Paris stattfinden.

Neue Kardinalwahlen will der Papst im November aussetzen. U. a. sollen die deutschen Erzbischöfe Faulhaber und Schulte mit der neuen Würde geschmückt werden.

Das Organisationsstatut der 3. Internationale

Das als letzter Punkt der Tagesordnung des Moskauer Kongresses beschlossene neue Organisationsstatut der kommunistischen Internationale baut sich auf einem von Sinowjew vorgelegten Entwurf auf. Es heißt darin eindeutig, daß die kommunistische Internationale sich feierlich vor aller Welt verpflichtet, die Sache der ersten internationalen Arbeiteroffensiven fortzuführen und jeden imperialistischen Krieg zu bekämpfen.

Die kommunistische Internationale stellt es sich zum Ziel, mit Waffen in der Hand um den Sturz der internationalen Bourgeoisie und für die Schaffung einer internationalen Sowjetrepublik, als Uebergangsstufe zur vollen Vernichtung des Staates zu kämpfen. Die kommunistische Internationale hält die Diktatur des Proletariats für das einzige Mittel, das die Möglichkeit gibt, die Menschheit von den Graueln des Kapitalismus zu befreien. Und die kommunistische Internationale hält die Sowjetmacht für die geschichtlich gegebene Form dieser Diktatur des Proletariats.

Die kommunistische Internationale bricht mit der Ueberlieferung der zweiten Internationale, für die in Wirklichkeit nur Menschen weißer Hautfarbe existieren. Die kommunistische Internationale stellt sich die Befreiung der Arbeitenden der ganzen Welt zur Aufgabe. In den Reihen der kommunistischen Internationale vereinigen sich brüderlich Menschen weißer, gelber, schwarzer Hautfarbe — die Arbeitenden der ganzen Erde.

Als höchste Instanz wird der mindestens einmal jährlich tagende Weltkongreß aller der 3. Internationale angeschlossenen Parteien und Organisationen eingeseht. Die Geschäfte führt ein Exekutivauschuß nach seiner Wahl, in dem die angeschlossene Partei des Landes, in dem er seinen Sitz hat, fünf Vertreter mit beschließender Stimme delegiert, die übrigen 10 größten Parteien je einen Vertreter mit Stimmrecht. Alle übrigen angeschlossenen Parteien und Organisationen können sich im Exekutivauschuß mit beratender Stimme vertreten lassen. Die vom Exekutivkomitee herausgegebenen Richtlinien sind für die angeschlossenen Parteien und Organisationen verbindend. Auch hat es das Recht, zur Durchführung seiner Arbeiten Hilfsbüros in allen Ländern zu errichten und Vertreter von Parteien und Organisationen mit beratender Stimme in seiner Mitte aufzunehmen, die nicht Mitglieder der kommunistischen Internationale sind, aber mit dem kommunistischen Gedanken sympathisieren. Außerdem sind ihm auch noch alle illegalen Organisationen unterstellt, deren Bildung mit Rücksicht auf die allgemeine Lage in Europa und Amerika für notwendig gehalten wird. Auch der internationale Bund der kommunistischen Jugend und die zu organisierende Frauensektion der kommunistischen Internationale sollen an die Direktiven des Exekutivkomitees gebunden sein.

Frohard und Cachin über Moskau

In der „Humanité“ vom 12. August geben die Genossen Frohard und Cachin, die jedoch aus Moskau zurückgekehrt sind, die folgende von ihnen unterzeichnete Erklärung ab:

Zahllose Golemiken sind in der Partei in bezug auf einige unserer Erklärungen in Moskau entstanden. Wir glauben, daß es besser gewesen wäre, unsere Rückkehr abzuwarten, um auf Grund von genaueren Dokumenten urteilen zu können.

Die Texte werden den kämpfenden Genossen vorgelegt werden. Die Unterhaltungen und Beratungen des Exekutivkomitees und des Kongresses werden wahrheitsgetreu dargelegt werden. Es wird dann in den Augen aller Sozialisten augenscheinlich werden — davon sind wir überzeugt —, daß wir ganz genau den bestfahen Auftrag ausgeführt haben, den uns die Mehrheit der Partei gegeben hat.

Was uns betrifft, so haben wir uns dahin geäußert, daß wir wünschen würden, die Partei möchte ihren Anschlag an die 3. Internationale vollziehen. Wir werden unsere Gründe dafür bekanntgeben. Für heute wollen wir uns nur darauf beschränken, zu erklären, daß wir unsern Entschluß in voller Uebereinstimmung mit den unabhängigen Genossen Deutschlands gefaßt haben, die wie wir in Moskau anwesend waren. Wir wollen noch hinzufügen, daß wir es für ein Gebot der Loyalität halten, unsere Funktionen als Chef der „Humanité“ und als Sekretär der Partei niederzulegen, die uns in Sitaburg anvertraut wurden. Es geschieht dies aus persönlichen Gründen, ohne in irgendeiner Form die Organisation oder das Blatt zu verpflichten, damit wir in voller Freiheit unseren Standpunkt vertreten können.

Wer werden uns beileien, unsere Erklärungen zu geben. Einige Kameraden haben geglaubt, daß wir uns sehr bald zu einem nationalen Rat vereinigen könnten, wo wir die allgemeinen Resultate der Untersuchung, die wir unternommen haben und derjenigen unserer Mission bekanntgeben können.

Dieser Rat, der nur informativ ist, könnte keinen Beschluß fassen. Er müßte von einem Reichskongreß gefolgt werden, der seine Beschlüsse in voller Offenheit fassen könnte. Es liegt an dem Parteivorstand, die Formen der Vorgänge zu bestimmen.

Inzwischen erbitten wir uns die Erlaubnis, in den kommenden Tagen die wesentlichsten Eindrücke einer auswählenden Reise wiederzugeben. Es ist wohl nicht nötig, zu sagen, daß wir unsere Beobachtungen mit der größten Objektivität darlegen werden. Insbesondere, am Ende einer Studienreise, die zu kurz und leider zu unvollständig war, können wir nicht unsere wachsende Bewunderung für das Werk des revolutionären Rußland verleugnen. Unsere Moskauer Genossen haben uns gebeten, der französischen Arbeiterklasse die Einladung zu überbringen, zahlreiche Arbeiterdelegationen hinüberzuschicken. Sie werden in Rußland mit der größten Ungeduld erwartet. Wir wünschen für alle unsere Genossen den Kontakt mit den Vorgängen drüben, die direkte Anschauung, das Studium am Orte. Dazwischen persönlichem diesfachen Kontakt werden alle Mißverständnisse bald verschwinden; in der Zwischenzeit werden wir unser möglichstes tun, um sie durch die einfache Erzählung der Wahrheit zu zerstreuen.

Die Auslegung der Amnestie Auch Rohheitsakte bleiben straffrei

Wie das Amnestiegesetz von den behördlichen Stellen zugunsten der Reaktionsäre und deren Helfershelfer ausgelegt wird, wird durch folgenden Vorfall in trasser Form beleuchtet.

Während des Kapp-Zufluges wurden Genosse Max Hesselbarth und noch drei Genossen in der Dragonerkaserne in der Belle-Alliance-Straße von einer Offizierspatrouille verhaftet. Sie waren von Mannschaften der Sicherheitspolizei in die Kaserne gerufen worden, um über die politische Lage Aufklärung zu geben. Sie wurden zur Wache gebracht, in der mehrere Offiziere und circa 25 bis an die Zähne bewaffnete Sicherheitskämpfer anwesend waren. Man empfing sie mit den Worten: „Da kommen ja die Spartakisten!“ Auf ihren Hinweis, daß sie nicht Spartakisten, sondern nur feigenmännliche Personen seien, die sich durch Legitimationspapiere ausweisen können, wurden sie sofort mit Gewehrkolben bearbeitet.

Nach Feststellung der Personalien wurde dann jeder einzeln von je acht Sicherheitskämpfern zur Augusta-Kaserne in der Reiterstraße gebracht. Dort wurden sie unter den Augen der Offiziere von den Soldaten wieder mit Kolben geklopft und geschlagen und

in die Kniekehlen getreten. Nachdem sie zuerst in Beilerderhöhlen untergebracht worden waren, wurden sie später nach dem Keller gebracht und dort in einen dampfen, schmutzigen Raum, der sonst zum Aufbewahren von Kohlen diente, hineingelassen. Darauf erließen der Offizier, der den Transport geleitet hatte, mit zehn Soldaten, die auf Kommando ihre Gewehre auf die Gefangenen anlegen mußten. Nachdem sie so eine Weile der Todesangst ausgeliefert waren, sagte der Offizier: „Wir werden die Hände noch etwas leben lassen. Wer sich mußt oder bewegt, wird erschossen.“

Während der Nacht waren die Gefangenen der grimmigsten Kälte in dem feuchten Keller ausgeliefert, sie bekamen weder Decken noch Essen. Am anderen Morgen wurden sie aus dem Keller herausgeholt und zum Kaiserhof geführt. Auf dem Wege dahin wurden sie von Sicherheitsbeamten, die anscheinend zu diesem Zwecke aufgestellt waren, auf das schwerste mißhandelt und aus vielen Wunden blutend wieder in den Keller zurückgeführt. Ohne die Möglichkeit zu haben, sich von dem Blut zu reinigen, und ohne Essen mußten die Gefangenen den ganzen Tag und die kommende Nacht in dem Kellerloch verbringen. Ihre dringende Bitte, ihnen wenigstens eine Decke auszubringen, wurde nicht berücksichtigt. Nachts gegen drei Uhr erschien derselbe Offizier, der den Transport geleitet hatte, mit mehreren anderen und verlangte von den Wächtern, sie sollten die Türen öffnen, es müsse jetzt endlich mit den Spartakisten abgerechnet werden. Die Wächter erklärten, sie könnten die Tür nur öffnen, wenn der Offizier einen Ausweis vom Major vorzeigen könne. Nachmals 24 Stunden in dem Kellerloch gefesselt, wurden die Gefangenen endlich von einem Offizier befreit und dann dem Polizeikommando zugewiesen, wo sie sofort entlassen wurden, da ihnen nichts nachzuweisen war.

Genosse Hesselbarth hatte sich unter eingehender Darlegung des Sachverhalts beschwerdeführend an die zuständige Staatsanwaltschaft gewandt. Die Staatsanwaltschaft hatte daraufhin auch ein Verfahren eingeleitet, das während der Ferien bis zum Oktober vertagt worden war. Jetzt hat Genosse Hesselbarth ein vom 7. August 1920 datiertes, vom Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortmann gezeichnetes Schreiben erhalten, in welchem ihm dieser mitteilt, daß er das Verfahren in der Ermittlungssache wegen der Mißhandlungen eingestellt habe. Er begründet das mit dem Hinweis auf § 1, Absatz 3 des neuen Amnestiegesetzes, da „nach Lage der Sache anzunehmen sei, daß die Straftaten nicht nur auf Rohheit, sondern auch auf politische Beweggründe zurückzuführen“ seien.

Diese Auffassung des Herrn Staatsanwaltschaftsrats Dr. Ortmann muß starkes Bedauern erregen. Auch wir wünschen, daß das Amnestiegesetz die weitgehende Auslegung bekommt. Im vorliegenden Falle handelt es sich aber um einen Rohheitsakt, der mit Politik absolut nichts zu tun hat. Die Sicherheitswehr muß unbedingt von Elementen befreit werden, die in der brutalsten Weise wehrlose Gefangene mißhandelt haben.

Die Chyrosen

Die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik hatte zum Jahrestag des Kriegsausbruches eine Kundgebung erlassen, in der das Bekenntnis zur Völkerverständigung niedergelegt und die Verabscheidung des Krieges ausgesprochen worden war. Diese Tatsache hat die Militaristen in helle Wut versetzt. Im „Militärwochenblatt“, das als halb-offizielles Organ ausgesprochen werden kann, tobt ein Anonymus sich folgendermaßen gegen die Kundgebung aus:

Bellendeter Treue! Offiziere, Vaterlandsverteidiger, die dem Staate das Gelübnis der Treue und des Schutzes gegen innere und äußere Feinde geleistet haben, die dafür ihre Gebühnisse genießen, bekämpfen den Krieg und greifen durch jammervolle handbedenkliche Kundgebungen in die äußere Politik des Staates ein. Wie stellt sich der Herr Reichswehrminister zu derartigen hochgefährlichen politischen Kundgebungen? Was sagt die Regierung zu solchen seltsamen Offizieren?

Alle diejenigen aber, die ihre Ehre höher stellen als das Leben, die durchgehalten haben im Weltkriege, sehen mit Schmerzen diese Beschädigung deutscher Ehre. Sie rufen ab von Leuten, die sich Offiziere nennen und doch bei unseren erbarungslosen Feinden wüstenlaufend haulieren gehen.

Der Schreiber vorstehender Zeilen ist sicher ein Offizier der Reichswehr. Er hat kein Recht von einem Gelübnis der Treue zu sprechen, denn bisher haben gerade die Offiziere, die im Sinne des „Militärwochenblattes“ tätig sind, gezeigt, daß ihre Treue zur Republik sich lediglich in dem Empfang der monatlichen Gehälter kundgibt. Und wenn gar von einer Beschädigung der Ehre gesprochen wird, so möchten wir das „Militärwochenblatt“ daran erinnern, daß der deutsche Name während des Krieges am meisten von jenen Offizieren geschändet worden ist, die ihn heute am meisten im Munde führen. Das sind die wirklichen Chyrosen, die die Hunnen der Deportation, der Brandvergiftung und der Gefangenenmißhandlung begingen und diese Grausamkeiten auch heute noch mit den „Notwendigkeiten“ des Krieges zu entschuldigen versuchen.

Der „soziale“ Reichstagsdirektor

Regierung und Reichstag, alles ist in die Ferien gegangen, der Reichstag gegen den Antrag der U. S. P. Aber während die Minister, einschließlich Reichskanzler und Außenminister, während der Direktor des Reichstages — selbstverständlich unter Fortzahlung ihrer Gehälter — in den verschiedenen Wärdern sich erholen, sind 100 Arbeiter und Angestellte der Sozialen Partei des Reichstages zum Hungern verdammt. Der Direktor des Reichstages, Herr Geheimrat Jungheim, hat nämlich am Tage vor seiner Abreise ins Bad 100 Rangoldienern und Hilfsangestellten zum 31. August gekündigt. Von diesem Tage an also sind hunderte lächlige und fleißige Arbeiter, die zum Teil verheiratet sind und von denen nicht wenige bis zu zehn Jahren in Dienste der Reichstagsverwaltung tätig sind, auf die Straße gesetzt und fallen bestenfalls der Arbeitslosen-Unterstützung anheim. Denn Erparungen sind bei einem Wochenlohn von 180 M. wahrlich nicht zu machen. Man fragt sich unwillkürlich, wie der Herr Direktor mit seinem „normen Herzen“ und mit seiner „sozialen“ Gesinnung es fertig bringt, selbst Gehalt zu beziehen während der Reichstagsferien, aber 100 Arbeiter und Angestellte während dieser Zeit zu entlassen. Nach den Reichstagsferien werden die Entlassenen zum Teil wieder angestellt, das heißt, soweit ihre Kasse, will sagen, ihre Gesinnung dem Herrn Direktor gefällig. Es versteht sich gegen die guten Sitten, die Kasse dieser Arbeiter und Angestellten auszuheben, indem man sie vor die Alternative stellt, entweder entlassen zu werden oder sich diese ungewollten Ferien ohne Gehaltszahlung gefallen zu lassen. Sicher würden alle eine Ausspannung mit Freuden begrüßen, aber nur, wenn sie ihre Bezüge weiter erhalten würden. Wir fragen uns, ob die Reichstagsmitglieder von diesen Dingen Kenntnis haben. Uns scheint es unter der Würde einer Volkspartei zu sein, die eigenen Angestellten in dieser Weise zu behandeln. Die Faktion der Unabhängigen Sozialdemokratie wird hoffentlich nach Wiederkunft des Reichstages zu diesen Dingen Stellung nehmen und in schärfster Weise für Abhilfe sorgen.

Der Neuaufbau der Reichsstatistik

Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Hirsch fanden im Reichswirtschaftsministerium eingehende Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung der Statistik des Deutschen Reiches statt, an welchen neben den Vertretern der beteiligten Reichs- und preussischen Ressorts Reichs-, Landes- und Städtestatistiker sowie Vertreter der Wissenschaft, Industrie und Landwirtschaft teilnahmen. In der Besprechung wurde allgemein betont, daß der Statistik mit Rücksicht auf die Fragen des Wiederaufbaues eine besondere Bedeutung zukomme. Die großen neuen Anforderungen, die an sie herantreten, wurden eingehend durchgesprochen. Dabei wurde erörtert, inwieweit zur Vermeidung von Doppel-

arbeit und zur Verringerung der Kosten die Statistiken von Arbeitsstätten und Verbänden für die Reichsstatistik nutzbar gemacht werden können. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, die statistischen Ergebnisse möglichst schnell und in leicht fasslicher Form der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Man war sich darüber einig, daß angesichts der außerordentlich gestiegenen Kosten aller statistischen Erhebungen durch Zurückstellung der weniger dringenden Arbeitsgebiete nach Möglichkeit Ersparnisse erzielt werden müssen. Auf der anderen Seite wurde jedoch mit allem Nachdruck betont, daß die Durchführung der großen wichtigen Aufgaben im statistischen Reichsamte (Preis-, Lebenshaltung-, Lohn-, Produktionsstatistik usw.) an der Kostenfrage nicht scheitern dürfe.

Zur Zementbewirtschaftung. Vor einigen Tagen ging durch die Presse die Nachricht, daß der Reichsarbeitsminister eine Verfügung erlassen habe, wonach die Zwangsverpflichtung für Zement aufgehoben sei, daß aber für eine derartige Verfügung nicht das Reichsarbeitsministerium, sondern das Reichswirtschaftsministerium zuständig gewesen wäre. Diese Nachricht ist irrig. Die Zwangsverpflichtung für Zement ist nicht aufgehoben. Der Reichsarbeitsminister hat nur verfügt, daß vorläufig bis auf weiteres die Abgabe von Zement, Kalk und Ziegeln für Wohnungsbauten auch ohne die Freigabebescheinigung erfolgen darf, die seinerzeit durch Erlass des Reichskommissars für das Wohnungswesen vom 24. Februar 1920 vorgeschrieben worden sind. Eine derartige Anordnung gehört zur Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums, da dieses die Geschäfte des früher damit betrauten Reichskommissars für das Wohnungswesen nach dem 1. April 1920 in vollem Umfange übernommen hat.

Betriebsräte

Reaktionäres aus dem Berliner Magistrat

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhalten wir nachstehende Zuschrift, die schon wegen ihrer prinzipiellen Bedeutung verdient veröffentlicht zu werden:

Ueber die Aufgaben der Betriebsräte in den kommunalen, Kranken- und Pflegeanstalten wird gegenwärtig ein Meinungsaustausch zwischen ersteren und dem Magistrat gepflogen. Den einzelnen Verwaltungen scheint es nicht in ihrem Kram zu passen, daß die Betriebsräte auf Grund des § 66 des B. N. G. auch auf die Wirtschaftlichkeit der Betriebe ihr Augenmerk richten. Mit allen möglichen Einwendungen versuchen sie daher, die Betriebsräte auszuschalten und deren Tätigkeit auf das früher übliche Maß des „guten Einvernehmens“ zu beschränken. Da der Erfolg ihrer Bemühungen infolge des vernünftigen Standpunktes der Betriebsräte in den meisten Fällen ausbleibt, so suchen die Herren Betriebsleiter beim Magistrat Verständnis für ihre Ansicht. Und merkwürdig, sie finden sie dort. In einer Zuschrift an das städtische Obdach, unterzeichnet von Reiche und Richter, wird der Standpunkt vertreten, daß der § 66 des B. N. G. für diesen Betrieb nicht in Betracht komme, weil in ihm in der Regel keine wirtschaftlichen Zwecke verfolgt werden. Offenbar scheint der Magistrat bei Fällung dieses Urteils einer Begriffsverwechslung zum Opfer gefallen zu sein, indem er annahm, daß der wirtschaftliche Zweck eines Betriebes nur in einer Gewinnerzielung zu sehen ist. Für diese Art Verwechslung bietet indessen weder das B. N. G. selbst noch der Begriff Wirtschaftlichkeit eine Handhabe. U. E. ist der wirtschaftliche Zweck eines Betriebes schon dann gemehrt, wenn die in ihm vorhandenen Werte ihre richtige Verwendung finden. Durch richtige Verwendung resp. Verteilung der Lebensmittelwerte u. a. wird aber auch die Ziffer der Gesundheitsmeldungen in den Kranken- und Pflegeanstalten im günstigen Sinne beeinflusst. Daß diese Tatsache der Kommune, also der Allgemeinheit auch materiell zugute kommt, dürfte der Magistrat nicht bestreiten. Uns will scheinen, daß der gegenwärtige Magistrat mit der Nichtanwendung des § 66 für die Kranken- und Pflegeanstalten nur das frühere Verbot der Selbstherrlichkeit der Verwaltungen aufrechterhalten möchte. Das darf jedoch im Interesse der Kommune unter keinen Umständen geschehen. Was für unermessliche Werte durch diese Selbstherrlichkeit der Allgemeinheit verloren gehen, mögen die folgenden Beispiele lehren:

Dem Kinderkrankenhaus in der Reinickendorfer Straße wurden 100 Kisten zu 48 Büchsen kondensierter Milch überwiesen. Dem Betriebsrat wurde hieron keinerlei Mitteilung gemacht. Als er es nach einigen Wochen durch irgendeinen Umstand erfuhr, forschte er nach dem Verbleib. Die Verwallung wollte ihm erst mit nichtigen Redensarten über den Verbleib der Milch hinwegtäuschen. Als ihr dies jedoch nicht gelang, versuchte sie, dem Betriebsrat den Zutritt zu dem Lagerraum, wo die Büchsen lagerten, zu verweigern, was ihr jedoch nicht gelang. Der Betriebsrat mußte dann wahrnehmen, daß die Milch infolge falscher Lagerung schlicht geworden ist. 4800 Büchsen zu 6 M. bedeutet einen Schaden von 28.800 M.

In einer Berliner Irrenanstalt werden große Mengen Frühkartoffeln eingekauft. Als dem Betriebsrat, durch dritte Personen, hieron Mitteilung gemacht wurde und er die Lagerung der Kartoffeln kontrollierte, waren viele Zentner verkauft.

Ob solcher Zustände verhindern einige Mitglieder des städtischen Magistrats, die Rechte der Betriebsräte zu beschränken, nur um der gottgewollten Selbstherrlichkeit willen, zum Schaden der Allgemeinheit. Wir können dem Magistrat im eigenen Interesse nur raten, nicht über Dinge zu entscheiden, die außer seiner Kompetenz liegen.

Verkaufte Betriebsräte

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

Nachfolgende Schilderung soll jedem Arbeitnehmer deutlich vor Augen führen, wie verhängnisvoll für sie der § 67 des Betriebsrätegesetzes wird, wenn das Unternehmen rüchichtslos darauf ausgeht, ihm unbedeuten Arbeiter oder Angestellte aus den Betrieben zu entfernen. Die Direktion der deutschen Erdöl A. G. Berlin, Kurfürstendamm 112, läßt diese Praxis in ganz kurzer Zeit und dort sämtliche Mitglieder des ehemaligen Angestelltenauschusses und des Betriebsrates, meistens Anwesenheit, die mehrere Jahre im Betriebe, zum Teil in gehobener Stellung tätig waren, gekündigt und entlassen werden. Die Firma hat in allen Fällen die Weiterbeschäftigung der Betriebsräten abgelehnt und die nach obigem Gesetzesparagrafen maßgebende Entschädigungsfrist auf sich genommen. Das Geld spielt beim Unternehmen keine Rolle, wenn man Angestellte, die ihr Recht als Menschen für sich und andere in Anspruch nehmen, loswerden will. Einem Unternehmen, welches das Reklamotopfer aus dem Ueberschuss des vergangenen Jahres bezahlt und an jedem an die Herren Aktionäre 45 Prozent Dividende verteilt hat, kann es auf ein paar Lumpige taugend Wast Entschädigungssumme nicht ankommen. Für die Entlassenen, die ausnahmslos freigezwungen, sich organisiert waren, wurden ehemalige Offiziere eingestellt, deren politische Gesinnung (Deutsche Volkspartei und Deutsche nationale Volkspartei) einwandfrei festgestellt ist. Benutzt nationale Volkspartei) einwandfrei festgestellt ist. Benutzt scheinen dabei besonders die Träger des Panzerkreuzes zu werden. Der Artikel 163 der Reichsverfassung garantiert zwar den Arbeitnehmern die Kooperationsfreiheit; der Gesetzgeber hat jedoch im Betriebsrätegesetz dem Unternehmen jede Möglichkeit gegeben, dieses Grundrecht mit Füßen zu treten und der Willkür Tür und Tor geöffnet. Die Entlassenen konnten dem Unternehmen allerdings bei zielbewusster Ausübung ihres Amtes als Betriebsräte in gewissen Sinn gefährlich werden. Es muß auch dem Herrn in gewissen Sinn gefährlich werden, wenn man den Buchhaltungsvorsteher losläßt, den Bilanzbuchhalter nach Holland abführt, den Bankbuchhalter entläßt und dem Steuerbuchhalter sein Tätigkeitsfeld entzieht.

Hier wird schematisch das Wirken der Betriebsräte zur Unmöglichkeit gemacht. Niemand will bei der Firma sich wieder wählen lassen. Diese „Kostenauflösung“ muß aus dem Geschäftsbetrieb verschwinden, wenn nicht weiteres Unheil angerufen werden soll. Angestellte, denkt allezeit daran, daß nur die Erziehung der Nacht durch die Arbeiterklasse auch aus der kapitalistischen Ausbeutung befreit.

Produktive Erwerbslosenfürsorge

Die Anträge Wissells zur Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge sind in den vereinigten Ausschüssen des Reichswirtschaftsrates angenommen worden gegen den heftigen Widerstand der Arbeitgebergruppe, die geführt wurde von dem Metallindustriellen Reinath. Wenn die Anträge trotzdem zur Annahme gebracht werden konnten, so zeigt das, daß sich die zwischen den Arbeitern und Unternehmern stehenden Gruppen des Reichswirtschaftsrates, Gelehrte, sozialpolitische Fachleute und andere Persönlichkeiten, angesichts der ungeheuren und bedrohlichen Arbeitslosigkeit genötigt fühlen, auf die Seite der Arbeiterabgeordneten zu treten. Ob sie dies auf Grund ihrer Einsicht in die Harmlosigkeit der Anträge oder aus politischem Takt und sozialer Einsicht taten, ist gleichgültig und braucht von uns nicht untersucht zu werden. Sicher ist aber, daß der brennenden Not nicht mit der nötigen Schnelligkeit gehemmt werden kann, wenn es bei der Verwirklichung der Anträge Wissells kein Bewenden hat.

Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Der „Grundstein“ berichtet, daß die Zahl der Arbeitslosen unter den Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes während der ersten Julihälfte gestiegen ist von 16 085 auf 18 010, ihr Verhältnis zum Mitgliederstand von 3,25 auf 3,62 im Reichsdurchschnitt. Erheblicher sind die Zahlen aus einzelnen Bezirken. So waren im Bezirk Dresden am 12. Juli 10 Prozent Bauarbeiter arbeitslos, in Nürnberg 7 Prozent, in Leipzig 6,8 Prozent, in Frankfurt 6 Prozent. Von den 3,62 Prozent Arbeitslosen waren nur noch 1,50 Prozent zum Empfang von Verbandunterstützung berechtigt, was darauf schließen läßt, daß die meisten Fälle von Arbeitslosigkeit von langer Dauer sind.

In der Holzindustrie gab es nach einem Bericht der „Holzarbeiterzeitung“ am 1. April 1920, am 7. Juni 18 435, „Holzarbeiterzeitung“ am 1. April 1920, am 7. Juni 18 435, 1,3 bzw. 7 Prozent Arbeitslose. Ähnlich erschreckende Zahlen hat unser Genosse Dörmann im Reichstag für die Metallindustrie genannt und in den meisten anderen Produktionszweigen ist es ebenso.

Über die Lage in der Textilindustrie schreibt das Blatt des Textilarbeiterverbandes, „Der Textilarbeiter“, am 31. Juli:

„Am die Wirkung der gegenwärtigen Krise äußerlich zu erforschen, hat der Hauptvorstand an 119 Filialen Fragebogen gegeben. Auf Grund dieser Fragebogen ist festgestellt worden, daß seit 1. Mai 1917 Maschinen aller Art vollständig zum Stillstand gekommen sind. 88 382 standen schon vorher still. Dabei sind nur 6111 Betriebe erfasst, welche früher zusammen an 336 664 Personen beschäftigten. 23 547 Kollegen und Kolleginnen sind in jüngerer Zeit entlassen worden. 39 171 Arbeitslose sind in diesen 119 Filialen vorhanden, und 141 234 Personen arbeiten verkürzt.“

Inzwischen ist überall eine weitere Verschlimmerung der Zustände eingetreten und tausend Anzeichen sprechen dafür, daß das Maß des Elends noch nicht voll ist.

Wenn man den öffentlichen Versicherungen aller Sozialpolitiker mit oder ohne amtliche Eigenschaften Glauben schenken darf, dann sind alle Herzen voll von Sorge für die Arbeitslosen. Zum Teil ist die Sorge sogar echt. Die Arbeitslosigkeit, die industrielle Reservearmee, einst ein Segen für das Kapital, eine Einrichtung, die zu den Voraussetzungen der kapitalistischen Herrschaft in Wirtschaft und Staat gehörte, nimmt einen so erschreckenden Umfang an, daß den Nutznießern dieser Einrichtung — wiederum mit oder ohne amtliche Eigenschaften — bange danach zu werden anfängt. Trotzdem ist die Sorge bei den Unternehmern selbst am wenigsten fühlbar. Sie schwanken noch, ob sie ihrerseits zur Milderung der Erwerbslosigkeit beitragen sollen, um damit auch die Gefahr für ihr Herrndasein zu mildern, oder ob es vorzuziehen sein wird, die Krise zu nutzen, um die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern.

Die Unversorgten unter ihnen geben sogar vor, beides in einem zu wollen: sie behaupten beharrlich, der Abbau der Löhne sei das einzige Mittel, der Absatzkrise und Pro-

duktionsstörung zu begegnen und damit der Erwerbslosigkeit zu steuern.

Im Reichswirtschaftsrat haben allerlei sachverständige Leute, denen auch ein gewisser Einfluß nicht zu bestreiten ist, ausgesagt, daß diese Behauptung der Unternehmer irreführend sei. Nicht hohe Löhne, sondern zu hohe Preise seien schuld an der eingetretenen Absatzkrise. Ein Lohnabbau sei daher nicht ratsam. Wir haben schon bemängeln müssen, daß kein Mensch im Reichswirtschaftsrat den Mut habe, den Gedanken zu Ende zu führen und offen auszusprechen, daß nicht zu hohe, sondern zu niedrige Löhne und damit zu geringe Kaufkraft des Konsumentenpublikums die Ursache des „Käuferstreiks“ sei.

Nun sind die Unternehmer keineswegs so leicht zu überreden, wie Arbeiter und Angestellte. Es fällt ihnen garnicht ein, von ihrer Absicht, die Krise zum Zwecke der Lohnreduktion auszunutzen, abzusehen. Milde Ermahnungen wirken bei ihnen nicht. Darum wäre die notwendige nächste praktische Konsequenz der neuen, im Reichswirtschaftsrat aufgedämmerten Erkenntnis eine Verordnung, die den Unternehmern die Kündigung von Tarifen bis auf weiteres bündig untersagt, den Gemerkschaften aber volle Freiheit läßt, Löhne und Gehälter weiterhin nach Möglichkeit zu steigern, um sie den Preisen anzupassen und Markt und Produktion somit zu beleben. Wenn die Herren den Mut hätten, Konsequenzen zu ziehen, die den Unternehmern unbequem sind und ihren Widerstand hervorzurufen!

Allerdings wäre eine solche Maßnahme nur wirksam, wenn gleichzeitig Vorzorge getroffen wäre, daß höhere Löhne vom Profit getragen und nicht wiederum zum Vorwand für neue Preissteigerungen genommen werden. Wissell wies im Reichswirtschaftsrat darauf hin, daß ungerechtfertigt große Gewinne erzielt worden seien dadurch, daß verarbeitende Industrie und Handel auf Grund der ins Riesenhafte angewachsenen Rohstoffpreise die gleichen prozentualen Gewinnzuschläge berechnen haben, wie einst im Frieden. Wir behaupten sogar, daß teilweise noch höhere Quoten berechnet worden sind. In gleicher Weise aber ist die Lohnsumme bei der Preisakkumulation in Anschlag gebracht worden, so daß jeder Pfennig Lohnzulage einen Ertragewinn für den Unternehmer abgeworfen hat. Solange dieser Wucherbetrieb ungestört fortgesetzt werden kann, sind alle Maßnahmen zur Milderung der Krise ziemlich nutzlos.

Nun besteht, nach den jüngsten Beratungen zu schließen, im Reichswirtschaftsrat die Absicht, regulierend und mäßigend auf die Preise einzuwirken. Dann muß es auch möglich sein, Preisanschläge auf Grund von Lohnzulagen zu unterbinden. Allerdings soll das nicht durch bürokratischen Einfluß, sondern durch sogenannte Selbstverwaltungsräte geschehen. Sollten damit die Arbeitgemeinschaften gemeint sein, so möchten wir nicht unterlassen, daran zu erinnern, daß gerade sie mit ungewöhnlichem Eifer wegen jeder Lohnzulage entsprechende — oft auch nicht entsprechende, sondern höhere — Preisanschläge für notwendig erklärt haben.

Andere Vorschläge des Antrages Wissell zur produktiven Erwerbslosenfürsorge, den wir zum Ausdruck brachten, bezwecken die Behinderung weiterer Betriebseinstellungen und die Neubelebung stillgelegter Produktionsstätten. Die Vorschläge steigern sich bis zur Androhung der Enteignung für den Fall, daß sich der einzelne Unternehmer weigert, sich den Geboten der noch nicht genannten behördlichen Stelle zu fügen und den Betrieb — mit oder ohne Finanzhilfe des Staates — fortzusetzen.

Wir wollen den Herren Reichswirtschaftsräten bei ihren sicher recht löblichen Absichten wahrhaftig nicht in den Arm fallen, aber wir wollen auch nicht verschweigen, daß wir uns nur einen geringen Erfolg von ihren Bemühungen versprechen.

Freudig begrüßen würden wir die angeregten Maßnahmen, wenn sie sich auf dem Wege zur Sozialisierung bewegen würden. Obwohl sie diesen Eindruck zu erwecken suchen, wird die Förderung der Gemeinwirtschaft keineswegs ihre Folge sein. Die Anwendung der verschiedenen Mittel erfolgt nicht in allen Produktionszweigen und Betrieben gleichzeitig und gleichzeitig, sondern nach dem Bedarf des einzelnen Unternehmens und nach dem mehr oder minder guten Wis-

sen des Besitzers. Je günstiger und geschickter sich dieser zu den angeordneten Maßnahmen zu stellen weiß, um so milder wird er behandelt werden. Sind die genannten Absichten durchführbar, so werden sie vielfache Formen des staatswirtsch. Einflusses und damit der Produktionsführung neben einander erzeugen und damit den Wirtswart der Wirtschaft nicht vermindern.

Dazu kommen andere Bedenken. Daß die Absicht, die Preise herabzusetzen, den stärksten Widerstand der Unternehmer hervorzurufen wird, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die Haltung der Unternehmer im Reichswirtschaftsrat wird von den Unternehmern draußen als Aufforderung dazu betrachtet werden. Aber auch der Versuch, die Fortsetzung des Betriebes zu erzwingen, wird auf Abwehr stoßen. Die Betriebsstilllegung erfolgt ja zumeist nicht, weil die objektiven Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Tätigkeit, weil Rohstoffe, Produktionsmittel, Kredit und Arbeitskräfte fehlen, sondern weil das subjektive Interesse des Unternehmers die Stilllegung erheischt, kurz: weil der Betrieb unrentabel wirtschaftet, weil der Profit einschmilt. Das wird durch das Eingreifen des Staates nicht geändert, es sei denn, daß die finanzielle Unterstützung in der Weise erfolgt, daß sie zugleich die alten Wucherprofite sichert, von denen sich das Unternehmertum nicht mehr glaubt trennen zu können. Wir nehmen indes noch nicht an, daß diese Spielart der produktiven Erwerbslosenfürsorge auf solche Weise als Liebesgabe für die Industriellen gedacht ist. Soll die Fortführung des Betriebes mit staatlicher Unterstützung aber verbunden sein mit einer Preisfestsetzung und Gewinnbeschränkung zugunsten der Erwerbslosenfürsorge, was zu wünschen wäre, so hat das zur Voraussetzung, daß der Staat zunächst Organe zur Kontrolle der Akkumulation und Betriebsführung schafft. Diese aber fürchtet das Unternehmertum wie die Pest. Wird man den Mut haben, sie ihnen aufzuzwingen? Wir haben geringe Hoffnung.

Wirksamere dagegen würde uns der Versuch erscheinen, den für die Gesamtheit aus einer Betriebsbeschränkung entstehenden Schaden dem Unternehmer aufzuerlegen. Man verpflichte den Unternehmer, jedem Kurzarbeiter einen Teil des Lohnausfalles zu zahlen, anstatt die Unterstützungen aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu nehmen. Und man erhebe ferner von den Unternehmern eine Steuer zugunsten der Erwerbslosenfürsorge für jeden entlassenen Arbeiter. Damit wird der Anreiz zur Betriebsbeschränkung erheblich geringer.

Dagegen könnte man einwenden, daß ein solches Verfahren ungerecht wäre, weil es den „notleidenden“ Industriellen, der seinen Betrieb beschränken muß, obendrein mit Steuern belastet, während sein aus dem Kolben schöpfer Kollege steuerfrei bleibt. In der Regel jedoch erfolgt die Betriebsbeschränkung in jeder Branche auf Grund einer Verkürzung unter den Unternehmern in allen Betrieben in gleichem Umfang. Die Sachverständigen des Reichswirtschaftsrates werden bei ihren Untersuchungen, wenn sie sorgfältig genug gemacht sind, sicher auf solche Fälle gestoßen sein.

Auf jeden Fall würde durch solche Maßnahmen den Erwerbslosen sofort geholfen werden können durch die längst fällige Erhöhung der Unterstützung. Nun gab Arbeitsminister Dr. Brauns im Reichstage allerdings zu verstehen, daß die Regierung wenig Neigung habe, die Unterstützungen aufzubessern. Er bekundete eine starke Antipathie gegen den Notendruck und die Banknote überhaupt. Auch wir wünschen keine Vermehrung der Notensasse, aber wir fordern Maßnahmen, die die Not aus der Hand der Unternehmer und Schieber und Schlemmer, die von den Abfällen von den Tischen der eigentlichen Herren der Industrie ein süßes Leben führen, überleiten in die Hände der Arbeiter und der konsumierenden Massen, sei es in Gestalt von Lohn oder ausreichender Unterstützung. Solange eine planmäßige Wirtschaft, wie wir sie erstreben, nicht besteht, solange die Arbeitslosigkeit nicht durch sie beseitigt wird, ist dieses das nächstliegende und wirksamste Mittel zur Belebung der Produktion. Daneben mag das eine oder andere, langsamere wirkende Mittel immerhin probiert werden.

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

36]

Es tritt in mein Kabinett ein ehemaliger Graf — heute ein gewöhnlicher Sterblicher — der früher große Güter besessen hatte und Deputierter der alten Duma war. Er gerät nie in Aufregung, er hält eine auserwählte Rede; seine Bewegungen sind elegant und seinen Augenblick während des ganzen Gesprächs vergißt er, daß er Graf ist.

„Ich bitte Sie, wer verneint denn den Fortschritt, die Kultur, man müßte ja ein Wilder aus Afrika sein, wenn man das tun wollte! Die Kultur wird ja als schöpferische Arbeit aufgeföhrt, hier aber wird alles zerstört; weg mit dem Zaren, weg mit den Ministern, weg mit den Professoren, nun — was hat denn das zu bedeuten? Sie kennen das russische Volk. Ist denn dieser plumpe Tölpel in stände, irgend einen intelligenten, gebildeten, netten Menschen, der bisher regiert hat, zu ersetzen? Das ist ja ein Konsens! Natürlich, ich will es nicht leugnen, es wird eine Zeit kommen, wo diese Menschen gebildet, aufgeklärt sein werden, nun gut, dann mögen sie ja regieren, jetzt aber sehen Sie ja die Resultate ihrer Regierung: eine völlige Anarchie, überall Raub, Brand, und niemand weiß, wer der Herr dieses Landes ist. Rußland kann aber ohne eine gewaltige Macht über sich nicht leben, die Geschichte hat es uns bewiesen. Sie sehen ja, wie die Leute rücksichtslos mit dem Privateigentum umgehen das ganze Land wird einem weggenommen, die Häuser konfisziert, das Geld wird in den Banken nicht ausgezahlt. . . nun, wozu sollen wir denn leben, ich habe ja vier Kinder, was soll ich tun? Als ich dieselbe Frage dem Bankdirektor vorlegte, der weigerte, mir Geld auszuzahlen, antwortete er mir in frechem Tone: Nun, so gehen Sie und arbeiten Sie! Aber wie soll ich denn arbeiten? Ich verstehe ja nichts zu tun! Und wo steht denn da die Gerechtigkeit, wenn ich im Besitz von soviel Reichtümern, wie ein Lastträger arbeiten soll!“

Und lange noch klagt er über die Schurkerei, die Greuel-taten der jetzigen Regierung. Er glaubt, es sei die Zeit gekommen, wo Menschen mit festem Charakter und Willen auftreten müssen, um eine einheitsliche Macht im ganzen Reiche wieder herzustellen. Er hofft, daß Generale kommen werden,

die mit der Peitsche in der Hand das ganze Land reinigen werden, und dabei gibt er mir so mit verhöllten Andeutungen zu verstehen, daß mein Wort auch hier eine große Rolle spielen würde, daß es die Menschen zum Kampfe gegen dieses grauenhafte, blutige Regime vereinigen könnte.

Natürlich würde die zukünftige, einheitsliche, feste Gewalt es nicht versäumen, die würdigen Söhne des Vaterlandes, die ihr bei der Herstellung der Ordnung im Lande behilflich waren, zu belohnen!

Dies riecht schon offenbar nach Bestechung, denke ich, man fordert mich einfach auf, an einem antirevolutionären Komplotz teilzunehmen — aber ich bin dabei keineswegs empört, ich fühle mich nicht einmal gekränkt; ich höre schweigend zu, mag es nur so sein.

Und viele gehen so bei mir aus und ein. Ein jeder der Besucher erwartet etwas von mir, setzt Hoffnungen auf mich, ein jeder eilt, um der Erste zu sein, um nicht zu spät zu kommen, um nicht einem andern die Möglichkeit zu geben, mich für seine Sache zu gewinnen. Die einen reden laut, gebrauchen längst abgegriffene, rasende Worte, hüllen alles in eine Toga von Idealismus, andere sprechen viel einfacher, wieder andere flüstern, sich ängstlich nach der Türe umsehend und wollen mich wahrscheinlich in ein Komplott verwickeln.

Weshalb jage ich sie nicht alle hinaus? Sollte es die Neugier sein, zu sehen, wie weit die menschliche Fähigkeit geht, jemanden zu werben, in eine gute oder böse Sache zu verwickeln? Oder ich will einfach durch diese Gespräche, Unterhaltungen, Anträge, den Geisteszustand der Menschen kennen lernen? Vielleicht spielt auch ein gewisser, mir selber verborgener Ehrgeiz eine geringe Rolle mit? Es ist mir vielleicht angenehm, daß die Menschen meiner Persönlichkeit einen so großen Einfluß beimessen? Am ehesten wird es wohl nicht an Grund allein sein, sondern alle zusammen, die mich veranlassen, ergeben diese in jeder Hinsicht unendlich verschiedenen Menschen zu empfangen und ihre Reden anzuhören.

Häufig wundere ich mich über mich selber: warum sage ich ihnen nicht sofort ganz offen, daß ihre Hoffnungen vergeblich sind, daß ich bettelarm bin, daß ich kein geistiges Gut mehr besitze, daß ich nicht mehr fähig bin, irgend etwas zu geben. Man müßte ihnen laut zurufen, daß meine Seele ausgebrannt, verwüstet ist, daß ein völliges unüberdringliches Chaos und Finsternis darin herrscht. Steynor besitzt nichts mehr, was soll er euch denn geben, Brüder? Ich bin einer riesigen Erde gleich, die äußerlich kräftig erscheint, mächtige Aeste und

dickes Laub hat, und man merkt, daß sie mit den Wurzeln tief in die Erde dringt; der Stamm ist aber innerlich von Würmern zernagt, er ist leer und hohl. Die Menschen sind aber dumm, sie gehen so nah daran vorüber und sehen es nicht.

Aus allen diesen Lobhudeleien, aus diesen Hoffnungen und dieser Zuversicht, die auf mich gesetzt werden, ersehe ich, daß in den letzten Tagen in mir ein neuer Wurm sich regt, derselbe widerwärtige Wurm der Ruhmsucht, den ich schon früher gekannt habe.

Wenn ich früher in Theater und Gesellschaften ging, ja selbst auf der Straße schlug ich bescheiden die Augen nieder, gab mir den Anschein, als bemerke ich niemanden und nichts um mich her, als sei ich ausschließlich mit meinen Gedanken beschäftigt; in Wirklichkeit aber sah ich alles; es war mir angenehm, es erfüllte meine Brust mit eittem Stolz, wenn ich sah, wie man auf mich mit dem Finger wies, wie man flüsterte, mit den Köpfen nickte und grüßte, ich war ja ein berühmter Schriftsteller! Ich erinnere mich, wie ich nach solchen Szenen nach Hause heimgekehrt, lange vor der Etagere mit meinen zwölf Büchern stand und sie mit liebevoller Dankbarkeit betrachtete.

Jetzt scheine ich dasselbe zu fühlen. Es kommt mir zuweilen die wahnsinnige Idee, dieses Gefühl der inneren Leere zu unterdrücken; wen geht es denn etwas an? Sie sehen ja nichts, sie sind ja blind, ich könnte mich ja schließlich an die Spitze irgend einer Bewegung stellen!

Im nächsten Augenblick lasche ich mich aber selbst aus — ein Führer, ha-ha-ha! Was willst du der Menge denn geben? Welch glühendes Wort willst du, Bettler, du vom Leben zerlagener, ihnen denn zuwerfen? In solch großen Epochen, die der Revolution, wo das Alte zerstört und das Neue gebaut wird, da braucht die Menge gewiesene Führer, ganze Naturen, mit einem mächtigen Willen und dem tiefen, blinden Glauben des Fanatikers an seine Sache, da man allein durch diesen Glauben die erwachte Masse hypnotisieren und mit diesen Glauben kann, sie zu erhaben-ebden oder widerwärtig-niedrigen Taten stoßen kann! Hier braucht man den Fanatismus eines Peter von Amiens, eines Saonarola, eines Fuß, eines Luther, — und du elender Pögmäc, du geschwächter Neurausthoner kannst nicht einmal die Nächte wie ein anständiger Mann schlafen! Und du willst die Menge führen? Schwäche und Schwankende bleib sie nicht — sie wird dich erdrücken, dich verbrennen!

(Fortsetzung folgt.)

